

Punkte für die Stellungnahme zu den Änderungsanträgen der FDP-Fraktion (**Drucksache 18/4850**)/Piratenfraktion (**Drucksache 18/4883**) zur Digitalen Agenda (via Beachcamp Nordfriesland)

Bezug: Antrag der FDP-Fraktion, IV. Digitale Bildungsrevolution;
Änderungsantrag der Piratenfraktion, I. Transparenz und Kompetenz, Informatikunterricht,
Medienkompetenzstrategie.

Wir begrüßen ausdrücklich die Forderung der Piratenfraktion, der Unterricht möge sich nicht „auf das Programmieren oder die Bedienung von Anwendungsprogrammen“ beschränken, sondern systematische Grundlagen für den Umgang mit Informationstechnologie vermitteln.

Wir möchten ergänzen, dass wir die folgenden Inhalte für ein Orientierungswissen in Blick auf eine zunehmend durch digitale Transformationsprozesse geprägte Welt in den entsprechenden Altersstufen für wesentlich erachten:

- die Auseinandersetzung mit digitalen Konzentrationsprozessen, die Hinterfragung von Plattformen, Plattformmonopolen, Netzwerkeffekten
- die Analyse von Geschäftsmodellen unter Betrachtung, Diskussion und Abwägung der gesamtgesellschaftlichen Folgen, der Folgen für andere Marktteilnehmer, der Folgen für die gesellschaftliche Stabilität
- die kritische Auseinandersetzung mit manipulativen Funktionen von Software (z.B. Klout Score, Visualisierung von Vernetzungsgraden, Notifications etc.) mit denen psychologische Bedürfnisse wie z.B. der Wunsch nach sozialer Anerkennung oder Furcht, etwas Wichtiges zu verpassen, gezielt ausgenutzt werden, um Aufmerksamkeit und Nutzungszeit zu generieren.
- die kritische Auseinandersetzung mit technikphilosophischen (Singularity), wirtschaftsphilosophischen (Hayek, Friedman) und gesellschaftlichen Hintergründen
- die Vermittlung des Verständnisses, dass es sich bei der Digitalisierung nicht um ein Naturereignis handelt, dem man seinen Lauf lassen muss und auf das man lediglich reagieren kann, sondern um einen von menschlichen Interessen gesteuerten Prozess, der gesellschaftlich gestaltet werden kann und muss

Bezug: Änderungsantrag der Piratenfraktion, IV. Bürgerbeteiligung und Partizipation

Bei digitalen Transformationsprozessen handelt es sich um von menschlichen Interessen gesteuerte Prozesse, die die Welt stark zu verändern imstande sind. Daher sollen sie keinesfalls als gegeben hingenommen werden, sondern müssen in einem möglichst breiten gesellschaftlichen Diskurs hinterfragbar und gestaltbar bleiben.

Prozesse der digitalen Transformation schaffen Infrastrukturen, die Ökonomie, Umwelt und die Lebenswelt aller durchdringen und somit für alle Menschen weitreichende Konsequenzen haben. Dementsprechend sollte von jedem Mitglied der Gesellschaft das Recht wahrgenommen werden können, auf diese Prozesse Einfluss zu nehmen. Die Einflussnahme und Gestaltung durch eine Vielfalt auch businessferner gesellschaftlicher Gruppen auf den digitalen Wandel sollte politisch initialisiert und gefördert werden.

Es gilt, eine Situation abzuwenden, in der die Entwicklung von Wirtschaft und Kultur ein Privileg der Wenigen ist, die die digitalen Infrastrukturen maßgeblich beherrschen.

Vorschlag:

Schaffung einer Ethikrates für Fragen der digitalen Transformation

Problematisch ist die aktuell primär ökonomie- und technikdeterminierte Betrachtung der digitalen Transformation, die sich zudem von der Dominanz ökonomischer Ziele treiben lässt. Es ist nun dringend geboten, das Thema politisch in einer Weise zu bearbeiten, die sicherstellt, dass etwas dabei entsteht, das sozial, wirtschaftlich und ökologisch für die gesamte Gesellschaft sinnvoll ist.

Es braucht eine gesamtgesellschaftliche Diskussion und die gemeinsame Formulierung ethischer Regeln, die festlegen, welche Folgen des digitalen Wandels vertreten werden können und welche nicht.

Beteiligungsgerechtigkeit und interdisziplinäre Diskurse sind notwendig, damit die Veränderungsprozesse künftig stärker durch Fragen der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit geprägt werden. Ganz normale Bürger müssen mitreden können, aber auch Sozialwissenschaftler, Juristen, Arbeitspsychologen, Gesundheitswissenschaftler, Philosophen. Ein solcher Diskurs ist unerlässlich, da die Strukturen einer digitalisierten Gesellschaft Tatsachen schaffen, von denen alle Bürger betroffen sind. Er sollte politisch gefördert werden. Zudem sollte sichergestellt werden, dass für engagierte „normale“ Bürger spezielle Möglichkeiten der Teilhabe geschaffen werden - etwa in Form von Aufwandsentschädigungen bei Teilnahme an einem solchen Gremium - da ansonsten in einem durch Erwerbsarbeit dominierten Alltag unter Umständen keine Möglichkeit besteht, sich in Fragen der Zukunftsgestaltung einzubringen.

Eine Möglichkeit wäre die bereit in der Republik Irland praktizierte Zusammensetzung von Räten zu bestimmten Themen nach dem Losverfahren (im irischen Fall geschah dies z.B. zum Thema Schwangerschaftsabbruch) um eine größtmögliche Repräsentanz verschiedenster Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten.

Eine andersgeartete Entsprechung wäre zum Beispiel die Tätigkeit des Nationalen Ethikrats, der „die ethischen, gesellschaftlichen, naturwissenschaftlichen, medizinischen und rechtlichen Fragen sowie die voraussichtlichen Folgen für Individuum und Gesellschaft verfolgt, die sich im Zusammenhang mit der Forschung und den Entwicklungen insbesondere auf dem Gebiet der Lebenswissenschaften und ihrer Anwendung auf den Menschen ergeben“.

Da die Digitalisierung ähnlich tief in nahezu alle Bereiche Leben jedes Menschen eingreift – Stichworte Disruption, Hochfrequenzhandel, Virtual Reality, Robotik, Neurotechnologie, Nanotechnologie, Mensch-Maschine-Entgrenzung – bedarf sie auch ähnlicher Kontrolle wie es die Biotechnologie und Medizin bereits erfahren.

Die Tätigkeit eines solchen Rates sollte beratend, kontrollierend und beaufsichtigend erfolgen. Seine Beschlüsse dürfen sich wegen der Tragweite der Folgen der Digitalisierung nicht auf unverbindliche Empfehlungen beschränken, sondern sollten als weisend verstanden werden.

Politik muss dafür sorgen, dass der Raum geschaffen wird für einen Diskurs über die Gestaltung der von Digitalisierung geprägten Zukunft. Sie sollte sich nicht von den Forderungen eines interessengeleiteten, da von immer schnelleren technischen Fortschritten profitierenden Wirtschaftsbereiches treiben lassen und verhindern, dass vollendete Tatsachen geschaffen werden, bevor die Folgen der Geschäftsmodelle überhaupt diskutiert werden können.

Bezug: Änderungsantrag der Piratenfraktion, II. Zugang und Teilhabe

Kommunikation Bürger – Staat: Eine besondere Situation ergibt sich für das Verhältnis von Bürger zu Staat, das einerseits durch asymmetrische Machtverhältnisse, andererseits durch die Unausweichlichkeit bedingt ist und daher ein besonderes Vertrauensverhältnis sein sollte. Jeder Bürger muss immer in der Lage sein, Organe seines Staates zu kontaktieren, mit ihnen in eine niedrighschwellige Kommunikation zu treten.

Daher ist eine Wahlfreiheit im Sinne von digital/nicht digital hier unabdingbar.

Politik sollte dafür sorgen, dass digitale Zugänge insbesondere im Umgang mit dem Staat und seinen Organen selbst wegen dessen Monopolstellung immer eine Möglichkeit von mehreren bleiben, nie der ausschließliche Zugangsweg werden.

Politik muss dafür sorgen, dass alle digitalen Zugänge zu staatlichen Dienstleistungen niedrighschwellig, für jedermann verständlich, plattformunabhängig und kostenlos sind.

Bezug: Antrag der FDP-Fraktion, IV. Bessere Arbeit

Da die Digitalisierung insbesondere die ökonomischen Grundlagen vieler Menschen immer unsicherer macht (CloudWorker, Liquid Workforce) und zugleich von sehr wenigen, sehr großen Trusts maßgeblich beherrscht wird, ist es unabdingbar, sich im Zusammenhang damit auch Gedanken über die Aufrechterhaltung der grundgesetzlich festgeschriebene Gleichheit der Lebensverhältnisse und die gebotene Chancengleichheit zu machen. Ohne detailliert darauf eingehen zu wollen, weil es den Rahmen dieser Ausführungen deutlich sprengt, halten wir die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in auskömmlicher Höhe für unausweichlich.

In der digitalen Ökonomie besteht zum Beispiel eine starke Tendenz, Unternehmen „schlank“ zu halten und Arbeiten nicht nur an häufig schlecht bezahlte Freelancer, sondern gleich an die Crowd auszulagern, die Inspirationen, Ideen und Zuarbeiten zum Teil vollkommen unentgeltlich bereitstellt. Um der Produktivität dieser Crowd, aus deren Abschöpfung Unternehmen Kapital generieren, gerechter zu werden, aber auch um die beschriebenen Wertschöpfungspfade zu stabilisieren, erscheint die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens dringend geboten.

Die Politik ist daher aufgefordert, sich intensiver mit diesem Thema zu beschäftigen als sie es bislang tut.

Wir wünschen uns, dass die Politik im Blick auf die digitale Transformation mehr für Demokratie, für den Zugewinn an Freiheit und Handlungsmöglichkeiten aller arbeitet und sich bemüht, die Marktmacht von Internetkonzernen mit ihren gesellschaftlichen Folgen einzugrenzen.

Unterstützung durch Förderungsmaßnahmen und Gesetzgebung benötigen stattdessen insbesondere Gemeinwohl- und Commons-Projekte, deren Initiatoren und Mitarbeiter sich häufig finanziell stark unter Druck befinden.

Jennifer Timrott, Frank Timrott

St. Peter-Ording, 22.02.17